

Stand: 02.06.2024 12:49:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/782

"Zeitnahe Unterrichtung der LB-Komm über den Fortgang der staatsanwaltlichen Ermittlungen in Sachen BayernLB"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/782 vom 04.03.2009
2. Beschluss des Plenums 16/852 vom 04.03.2009
3. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 04.03.2009

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Ernst Weidenbusch, Petra Guttenberger**, Prof. Dr. Winfried Bausback, Petra Dettenhöfer, Jürgen W. Heike, Dr. Florian Herrmann, Konrad Kobler, Thomas Kreuzer, Andreas Lorenz, Dr. Franz Rieger, Heinrich Rudrof, Alfred Sauter, Peter Winter, Josef Zellmeier und **Fraktion (CSU)**,

Thomas Hacker, Dr. Franz Xaver Kirschner, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß, Thomas Dechant, Dr. Andreas Fischer und **Fraktion (FDP)**

Zeitnahe Unterrichtung der LB-Komm über den Fortgang der staatsanwaltlichen Ermittlungen in Sachen BayernLB

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag geht davon aus, dass die Staatsanwaltschaft frei von politischer Einflussnahme Vorermittlungen im Hinblick auf die Auslandsengagements der BayernLB durchführt. Diese Ermittlungen müssen mit den notwendigen personellen Ressourcen betrieben werden, wobei der Zeitraum der laufenden Untersuchungen allein noch keinen Anlass zu berechtigter Kritik gibt: Es geht, auch und gerade bei strafrechtlichen Ermittlungen, um Gründlichkeit vor Geschwindigkeit.

Über den Fortgang der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wird dem Landtag anlassbezogen und zeitnah in der LB-Komm berichtet werden.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Georg Schmid, Ernst Weidenbusch, Petra Guttenberger**, Prof. Dr. Winfried Bausback, Petra Dettenhöfer, Jürgen W. Heike, Dr. Florian Herrmann, Konrad Kobler, Thomas Kreuzer, Andreas Lorenz, Dr. Franz Rieger, Heinrich Rudrof, Alfred Sauter, Peter Winter, Josef Zellmeier und **Fraktion (CSU)**,

Thomas Hacker, Dr. Franz Xaver Kirschner, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß, Thomas Dechant, Dr. Andreas Fischer und **Fraktion (FDP)**

Drs. 16/782

Zeitnahe Unterrichtung der LB-Komm über den Fortgang der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in Sachen BayernLB

Der Landtag geht davon aus, dass die Staatsanwaltschaft frei von politischer Einflussnahme Vorermittlungen im Hinblick auf die Auslandsengagements der BayernLB durchführt. Diese Ermittlungen müssen mit den notwendigen personellen Ressourcen betrieben werden, wobei der Zeitraum der laufenden Untersuchungen allein noch keinen Anlass zu berechtigter Kritik gibt: Es geht, auch und gerade bei strafrechtlichen Ermittlungen, um Gründlichkeit vor Geschwindigkeit.

Über den Fortgang der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wird dem Landtag anlassbezogen und zeitnah in der LB-Komm berichtet werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe die Nummer zwei der Liste der Dringlichkeitsanträge auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Gabriele Pauli u. a. und Fraktion (FW)

Gezielte Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Verantwortliche der BayernLB (Drs. 16/746)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Franz Schindler, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Strafrechtliche Ermittlungen in Sachen Bayerische Landesbank (Drs. 16/781)

Dringlichkeitsantrag der Abg.

Georg Schmid, Ernst Weidenbusch, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Dr. Franz Xaver Kirschner, Karsten Klein u. a. und Fraktion (FDP)
Zeitnahe Unterrichtung der LBKomm über den Fortgang der staatsanwaltlichen Ermittlungen in Sachen BayernLB (Drs. 16/782)

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat Frau Kollegin Dr. Pauli das Wort. Bitte schön.

Dr. Gabriele Pauli (FW): Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrtes Präsidium! Die Freien Wähler haben im Oktober letzten Jahres einen umfangreichen Fragenkatalog eingebracht. Sie haben dankenswerterweise zugestimmt, die Fragen zur BayernLB in einer Kommission zu bearbeiten. Auch wurde gefordert, dass ein Bericht über die Antworten auf die Fragen abgegeben wird. Das ist in der Kommission erfolgt. Uns hat aber überrascht, dass der Bericht im Eilzugtempo und mündlich im nichtöffentlichen Teil der Sitzung, also unter Ausschluss der Öffentlichkeit, erfolgte, sodass die Absicht, mit diesen Fragen den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern mehr Informationen über die tatsächliche Verantwortlichkeit des Vorstandes der BayernLB und der Verwaltungsräte zu bieten, nicht erfüllt worden ist. Wir möchten deshalb mit unserem Dringlichkeitsantrag noch einmal darauf abzielen,

dass weitere Aufklärung erfolgt; denn die Bürgerinnen und Bürger haben den Eindruck, dass manches an Informationen verschleppt, vielleicht bewusst der Öffentlichkeit vor-
enthalten wird.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Daher ist es einmal notwendig, die umfangreichen Fragen schriftlich zu beantworten und dem Landtag vorzulegen.

Zum Zweiten möchten wir, dass das Vorermittlungsverfahren mit mehr Nachdruck betrieben wird. Zur Zeit wird darüber diskutiert, ob Oberstaatsanwalt Reich, der am kompetentesten eingearbeitet ist, weiter am Vorermittlungsverfahren beteiligt wird. Das sieht sehr danach aus, als wollte man die personellen Voraussetzungen schwächen. Wenn zusätzlich die Information auf dem Tisch liegt, dass die Staatsanwaltschaft personell unterbesetzt ist, ist erneut die Frage zu stellen: Möchten einige bewusst, dass dieses Ermittlungsverfahren verzögert und verschleppt wird?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Es kann nicht im Interesse des Hohen Hauses und erst recht nicht der CSU-Fraktion sein, den Eindruck entstehen zu lassen, dass man irgendetwas zu vertuschen habe. Es kann nicht in Ihrem Interesse sein, dass der Eindruck entsteht, dass einige Spitzenpolitiker dieses Freistaates vielleicht nicht möchten, dass bestimmte Informationen ans Tageslicht kommen. Schließlich muss die Frage geklärt werden: Hatten Einzelne Vergünstigungen, dass sie im Verwaltungsrat in einer gewissen Weise abgestimmt haben? - Das ist der Kernpunkt aller Ermittlungen. Die Vermutung liegt doch nahe, dass man die Aufklärung bewusst nicht möchte, weil damit klar wird, dass nicht frei und unabhängig und erst recht nicht im Interesse des Freistaates Bayern entschieden worden ist, sondern möglicherweise eine persönliche Beeinflussung vorlag. Genau dieses gilt es aufzuklären.

Deshalb möchten wir Freien Wähler, dass die Ermittlungen nicht durch personelle Engpässe begleitet werden. Wir bitten Sie, Frau Justizministerin Dr. Merk, ein besonderes Augenmerk darauf zu legen und sich regelmäßig berichten zu lassen, was nicht heißen soll, dass Sie Einfluss auf das Verfahren nehmen sollen; denn dieses ist unabhängig zu sehen. Uns geht es darum, dass Sie mit allem Nachdruck hinterher sind, dass dieses Verfahren schleunigst, mit der bestmöglichen Ausstattung und mit größtem Interesse Ihrerseits durchgeführt wird.

Es darf nicht der Eindruck entstehen, als habe die Staatsregierung aus Befangenheit kein Interesse an Aufklärung. Deshalb die weitere Forderung in unserem Antrag, dass Sie dem Bayerischen Landtag quartalsmäßig berichten; denn es geht nicht um Inhalte. Sie sollen nicht ankündigen, dass beispielsweise Hausdurchsuchungen gemacht werden. Sie sollen berichten, dass das Verfahren seinen zügigen Verlauf nimmt und Sie Einzelheiten zwar ausklammern aber von der Tendenz her uns immer wieder mitteilen, dass mit allem Nachdruck daran gearbeitet wird.

Der Antrag hat nichts mit Parteipolitik zu tun, sondern damit, dass wir von den Bürgern sehr genau beobachtet werden. Wir alle müssen zeigen, dass wir nichts zu verbergen und nichts zu vertuschen haben, sondern im Gegenteil der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen wollen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Staatsministerin Merk das Wort. Bitte schön.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Die Staatsanwaltschaft befasst sich in ihrem Ermittlungsverfahren nicht mit Vermutungen, sondern mit Fakten.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte klar und deutlich zurückweisen, dass es in irgendeiner Weise eine Einflussnahme gegeben hat. Es handelt sich bei diesem Verfahren um eine Berichtssache, und in einer Berichtssache wird selbstverständlich dem Ministerium und dem Minister berichtet.

Möglicherweise ist durch Presseberichte - das weiß ich nicht - ein falscher Zungenschlag in die Debatte gekommen, soweit es um die Situation der Beschäftigten der Staatsanwaltschaft geht. Wir haben eine Pro-Kopf-Belastung von 1,00 Pensen in dem Bereich der Staatsanwaltschaft München I, in dem das Verfahren läuft. Das heißt, dass die Staatsanwaltschaft pensengerecht besetzt ist. Es ist auch gang und gäbe, dass dann, wenn die Staatsanwaltschaft darauf hinweist, dass ihre Mitarbeiter nicht ausreichen und aus irgendwelchen Gründen mehr Personal gebraucht wird, einem entsprechenden Ersuchen stattgegeben wird. Zuletzt war dies bei den Siemens-Ermittlungen der Fall.

Man kann also durchaus sagen, wenn die Notwendigkeit besteht, wird von uns selbstverständlich nachgebessert. Im vorliegenden Fall geht es aber um eine vollständig besetzte Staatsanwaltschaft. Insofern braucht man sich keine Sorgen zu machen. In den vergangenen Wochen und Monaten gab es auch keine Sachbearbeiterwechsel. Eine Ausnahme muss ich allerdings nennen: Es gab eine zusätzliche Stelle. Wir haben also Ende des Jahres zusätzlich einen Staatsanwalt als Gruppenleiter erhalten. Ich denke, das ist ganz wichtig.

Frau Abgeordnete Pauli, der Fragenkatalog ist nicht an die Justiz, sondern an das Finanzministerium gegangen; deswegen nehme ich ihn aus. Ich möchte nur sagen, dass die Staatsanwaltschaft mein volles Vertrauen genießt. Ich bin davon überzeugt, dass sie sorgfältig und zielgerichtet arbeitet, aber gerade das Gründliche, das in einem Ihrer Anträge betont wird, braucht eine gewisse Zeit. Hier bitte ich um Verständnis: Es ist besser, man ermittelt gründlich, als dass ein künstlicher Zeitdruck aufgebaut wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Forderung "Chefsache" muss ich sagen, es gibt keinerlei Anlass, an der fachlichen Kompetenz der mit der Sache befassten

Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bei der Staatsanwaltschaft ebenso wie bei der Generalstaatsanwaltschaft zu zweifeln. Vielmehr handelt es sich um in Wirtschaftsstrafverfahren erfahrene Ermittler. Die Staatsanwaltschaft hat also mein volles Vertrauen.

Es ist auch nicht so - auch das muss man noch einmal deutlich machen -, dass das Justizministerium Ermittlungsführer ist. Die Ermittlungen liegen allein bei der Staatsanwaltschaft. Auch die Justizministerin ist keine Obergerichtsanwältin, aber sie hat auf Berichte angemessen zu reagieren. Das ist ein anderes Thema, und es ist - wie gesagt - eine Berichtssache. Wir müssen sie dazu nicht erst machen.

Was den Bericht für den Landtag angeht, bitte ich nochmals um Verständnis; denn es ist so, dass Prüfungen vor Ermittlungen und Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden selbstverständlich nicht auf dem Marktplatz durchgeführt werden können. Das heißt, dass man bei laufenden Verfahren eine gewisse Stillhaltepflicht hat; denn sonst kann man diese Verfahren nicht richtig durchführen. Aber davon abgesehen: Der Wunsch des Landtags nach Information ist selbstverständlich berechtigt. Insofern bedanke ich mich ausdrücklich bei Herrn Kollegen Weidenbusch, dass eine Unterrichtung der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB durch Generalstaatsanwalt Dr. Strötz vor zwei Wochen ermöglicht worden ist.

Ich möchte auch der Kommission für die sachorientierte Behandlung danken. Meines Erachtens ist das ein guter Weg, um weiterhin zu berichten. Ich würde Sie aber bitten, uns jeweils dann berichten zu lassen, wenn Anlass dazu besteht bzw. wenn sich etwas im Verfahren in der Weise geändert hat, dass es Zeit für einen Bericht wird. Wir würden die Staatsanwaltschaft gern in diesem Sinne weiterarbeiten lassen. Wir sagen zu: Berichte werden gegeben. Berichte werden auch dort gegeben, wo Sie es wünschen. Die Kommission scheint mir aber der richtige Ort zu sein.

Zusammenfassend möchte ich feststellen: Es besteht kein Anlass, an der kompetenten und zielorientierten Prüfung der Staatsanwaltschaft und der Generalstaatsanwaltschaft zu zweifeln. Es liegt auf der Hand, dass dies bei dem zugrunde liegenden Sachverhalt

ein zeitaufwendiges Ermittlungsverfahren ist, aber es wird mit der stets von der Staatsanwaltschaft an den Tag gelegten Sorgfalt und ohne Einflussnahme durchgeführt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Aures das Wort. Bitte schön.

Inge Aures (SPD): Sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst einmal war die eingesetzte Kommission eigentlich dazu da, die Landesbank nach vorn zu begleiten, also in die Zukunft zu führen. Es gab einen Untersuchungsausschuss, der wohl alles aufgeklärt hat und der versucht hat, aufzudecken, was zu verstecken war oder was versteckt war. Es scheint aber so zu sein, dass die vorliegenden Gutachten diesem Anspruch nicht gerecht geworden sind. Deshalb möchte ich heute deutlich machen, was wir vonseiten der SPD fordern. Das grundsätzliche Übel ist nämlich die Kommission. Wir werden dort zur Geheimhaltung verpflichtet, aber am nächsten Tag steht alles in der Zeitung. Man kommt sich vor wie der Buchbinder Wanninger.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist doch wichtig, die Information nach draußen zu geben. Ich denke, bei zehn Milliarden Euro an versenkten Steuergeldern haben die Bürgerinnen und Bürger schon ein Recht darauf, zu wissen, was mit dem Geld passiert ist. Es kann auch nicht sein, dass so etwas nur hinter verschlossenen Türen besprochen wird.

(Beifall bei der SPD)

In den beiden Gutachten, die Ernst & Young erstellt hat - das eine vom 13. Juni 2008, das andere vom 9. Dezember 2008 - und aus denen zitiert worden ist, sind noch einige Fragezeichen vorhanden. Herr Minister Fahrenschohn, ich denke, es spricht nichts dagegen, dieses der Öffentlichkeit zugänglich zu machen; denn sonst schießen Gerüchte ins Kraut, dass manche Dinge eingebremst wurden und Ähnliches. Eigentlich müssten Sie das größte Interesse daran haben, dass alles so schnell wie möglich aufgeklärt wird.

Ich halte nicht viel und nicht wenig davon, dass die Justizministerin aufgefordert wird, die Angelegenheit zur Chefsache zu machen. Meine Damen und Herren, das müsste schon längst Chefsache sein und sollte nicht erst durch einen Antrag zur Chefsache werden.

(Beifall bei der SPD)

Aus meiner Sicht ist es auch notwendig, dass die Verfasser der Gutachten in der Kommission berichten. Man könnte sicher manche Missverständnisse ausräumen, wenn man gewisse Dinge hinterfragen und Transparenz herstellen könnte.

Wir vonseiten der SPD-Fraktion wollen die strafrechtliche Relevanz geklärt haben. Es gibt allerdings zwei Baustellen: Das eine ist der Bereich, für den die Staatsanwaltschaft zuständig ist; das andere ist die Frage, ob Schadensersatzansprüche aus dem Fehlverhalten hergeleitet werden können. Wenn in den Gutachten steht, es ist alles rechtlich geprüft und nichts festgestellt worden, dann fragt man sich schon, wie der Globalkreditrahmen I mit dem Globalkreditrahmen II verwechselt werden kann; ich darf keinen Namen nennen. So schaut das aus.

Herr Weidenbusch, Sie sind ein wirklich ordentlicher Mann, der versucht, Transparenz in die Sache zu bringen.

(Beifall bei der CSU)

- Er tut zumindest so, wollen wir es einmal so sagen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Nachdem der Herr Minister und Herr Weidenbusch heute schon rote Krawatten tragen, ist die Sache positiv zu sehen.

Langer Rede kurzer Sinn: Uns als SPD geht es darum, dass wir diese Tatbestände aufgeklärt haben wollen. Ich denke, das ist unser gemeinsames Interesse. Es muss unser gemeinsames Interesse sein; denn Herr Stoiber wird sich schwarz ärgern, wenn

er feststellt, dass die eingesparten zehn Milliarden Euro, die er den Kommunen und den Leuten draußen herausgequetscht hat, mit einem Federstrich verschwunden sind. So kann es nicht sein.

Unsere Aufgabe ist auf die Zukunft gerichtet. Wir müssen die Landesbank fit machen und wissen, wohin die Reise gehen soll. Es macht auch keinen Sinn, noch einmal irgendwelche Gutachten zu beantragen. Davon halte ich nichts, weil das Parteigutachten sind, die in einem Gerichtsverfahren nicht zu Rate gezogen werden können. Also, Herr Minister, bei unserem nächsten Termin müssen wir eine Strategie festlegen. Diese Strategie müssen wir dann auch publizieren, damit in den Zeitungen nicht immer nur halbe Wahrheiten stehen. Ich bitte darum, und ich fordere das auch ein, dass immer am Ende der Sitzung der Landesbank-Kommission veröffentlicht wird, was veröffentlicht werden kann. Denn die Menschen haben ein Recht darauf, zu wissen, was wir hinter verschlossenen Türen beraten.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. Als Nächster hat der Kollege Ernst Weidenbusch, der Vorsitzende der Landesbank-Kommission, das Wort. Zuvor möchte ich noch mitteilen, dass für den Dringlichkeitsantrag der CSU namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Bitte schön, Herr Kollege Weidenbusch, Sie haben das Wort.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Landesbank und das, was dort passiert ist, beschäftigt uns eigentlich die ganze Legislaturperiode, bisher mindestens auch bei jeder zweiten Plenarsitzung, und sei es in Form einer Beratung von einschlägigen Dringlichkeitsanträgen. Aufgrund der Situation, die dort herrscht, ist das auch kein Wunder.

Ich möchte die Anträge der Reihe nach abarbeiten, als ersten den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der Freien Wähler. Ich denke, die Staatsministerin hat dargestellt, dass die Angelegenheit bei der Staatsanwaltschaft München I mit dem notwendigen Nachdruck verfolgt wird. Im Übrigen erlaube ich mir anzumerken, dass nach meiner Erinnerung an meine Ausbildung nicht der Gruppenleiter die Ermittlungen führt, sondern der jeweils sachbearbeitende Staatsanwalt, sodass nicht der zitierte Herr Strobl am sachnächsten ist, sondern der tatsächliche Sachbearbeiter. Ich kündige auch an, dass ich mit der Kommission die Frage diskutieren möchte, ob der Sachbearbeiter bei der Staatsanwaltschaft in die Kommission kommt und uns zu seinen Vorermittlungen Auskunft gibt.

Die Fragestellung, die bei diesem Dringlichkeitsantrag noch offen ist, ist die Frage nach dem Fragenkatalog auf Drucksache 16/17. Ich möchte kurz darauf hinweisen: Dieser Fragenkatalog ist nicht beschlossen worden. Kollegin Pauli hat sich beim Plenum für den Beschluss zu diesem Fragenkatalog bedankt; dieser Dank war etwas verfrüht. Das Plenum hat den Katalog nämlich abgelehnt. Gleichwohl hat ihn der Herr Finanzminister beantwortet.

Der Antrag nimmt insoweit schon selbst die Einschränkung auf, dass nur veröffentlicht werden kann, was an Antworten nicht der Geheimhaltung unterliegt. Der Finanzminister hat mir bereits zugesagt, dass er diese Prüfung vornimmt und dass all das, was nicht der Geheimhaltung unterliegt, entsprechend als schriftliche Antwort gegeben werden wird. Das wird aber noch etwas Zeit in Anspruch nehmen. Ich bitte um Verständnis dafür, dass wir dieser Fragestellung momentan bei der Handhabung der Landesbank vielleicht nur die Priorität 1 b zumessen können, weil Ende März die Frist bei der EU für die Rohkonzeptionierung des Geschäftsmodells abläuft.

Der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/781 der SPD-Fraktion ist der Nächste. Frau Kollegin Aures, ich möchte mich einerseits für das Lob bedanken, andererseits auch dafür, dass Sie es eingeschränkt haben. Das stärkt meine Position in der eigenen Fraktion wieder.

(Heiterkeit)

Ich möchte Ihnen sagen: Passen Sie ein bisschen auf, dass Ihnen Ihre Fraktionsspitze nicht die Butter vom Brot nimmt. Zunächst ist die stellvertretende Vorsitzende der Kommission ausgetauscht worden; mit dem vorliegenden Antrag will man die Sachbehandlung von der Kommission in den Verfassungsausschuss ziehen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Es sind ja strafrechtliche Ermittlungen, Herr Kollege!)

- Doch. Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz darüber zu berichten. Das ist vollkommen unsinnig, nachdem die Mitglieder der Kommission die beiden Gutachten haben und deutlich besser beurteilen können, was ihnen von der Staatsanwaltschaft dazu gesagt worden ist. Das macht also überhaupt keinen Sinn, noch dazu wo der Vorsitzende des Verfassungsausschusses aus Ihren Reihen ist und Sie ganz genau wissen, dass Sie die Sitzung des Verfassungsausschusses nicht zur geheimen Sitzung erklären können, womit eine vernünftige Berichterstattung aus dem Vorermittlungsverfahren gar nicht möglich wäre.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Weidenbusch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schindler?

Ernst Weidenbusch (CSU): Selbstverständlich.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön.

Franz Schindler (SPD): Herr Kollege Weidenbusch, stimmen Sie mir zu, wenn ich sage, dass diese Kontrollkommission nicht öffentlich tagt und dass es deshalb nicht zulässig ist, aus den Beratungen, die dort stattfinden, zu berichten, zum Beispiel auch mir oder den Fraktionen uneingeschränkt zu berichten, und dass unser Dringlichkeitsantrag da-

rauf abzielt, bislang in nichtöffentlicher Sitzung gegebene Berichte an die Öffentlichkeit zu bringen, indem man das im Rechtsausschuss macht?

Ernst Weidenbusch (CSU): Nein, da stimme ich Ihnen nicht zu. Das ist ein Rechtsirrtum von Ihnen. Sie müssen vielleicht noch einmal genauer nachforschen, dann finden Sie heraus, wie es wirklich ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wie ist es denn?)

- Ja, ein bisschen Arbeit muss die Opposition für das viele Geld schon noch selber machen, nicht?

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD - Kathrin Sonnenholzner (SPD): Der Aschermittwoch ist doch schon vorbei!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, Sie haben wieder das Wort.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Pfaffmann, dass Sie es nicht herausfinden, ist verständlich, aber der Kollege Schindler wäre durchaus gefordert, sich mit der Geschäftsordnung auseinanderzusetzen. Dann würde er auch herausfinden, wie es genau ist. - Wissen Sie, das ist wie in dem Witz von der Ingenieurprüfung in Österreich. Manchmal kriegt man eine kleine Hilfe.

Also. Insofern werden wir dem Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/781 nicht zustimmen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Im Übrigen darf ich dann auf unseren eigenen Antrag 16/782 verweisen, in dem festgestellt wird, dass die Intention des Antrags der Freien Wähler - ich möchte das ausdrücklich betonen - von der CSU-Fraktion in vollem Umfang geteilt wird.

Festzuhalten ist, dass aktuell geschätzt 10 Milliarden Euro fehlen und dass die Menschen in Bayern wissen wollen, wer dafür verantwortlich ist. Die Menschen in Bayern

wollen wissen, wie das zustande gekommen ist. Ich habe als Kommissionsvorsitzender den Auftrag des Parlaments und auch der Staatsregierung so verstanden, diese Frage im Rahmen der Kommissionsarbeit mit allem Nachdruck zu verfolgen. Ich bitte Sie allerdings, uns dazu auch die Möglichkeiten zu geben. Dazu muss man manche Dinge zunächst einmal nicht öffentlich und hinter verschlossenen Türen besprechen. Man kann sie erst nach einem gewissen Zeitablauf veröffentlichen. Ich weiß, dass da die Nervosität unterschiedlich ausgeprägt ist. Ich verstehe auch, dass Sie sagen, Sie hätten das gern zeitnäher draußen. Ich bitte Sie aber auch zu verstehen: Ich mache diese Arbeit, glaube ich, relativ professionell. Ich muss dafür Sorge tragen, dass die Landesbank zum einen überlebt, und zum anderen dass alle, die was gemacht haben, das nicht in Ordnung ist, dafür zur Verantwortung gezogen werden. - Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Weidenbusch. Als Nächster hat Kollege Hallitzky das Wort. Bitte schön.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie sind wirklich zu bedauern: Jetzt haben Sie auch noch einen Ihrer letzten Freunde verloren, auf die Sie sich immer blind verlassen konnten. Da konnten die GRÜNEN noch so über ihre verantwortungsblinde Landesbankpolitik wettern und Ihre Sparpolitik - eines war Ihnen immer sicher, dass nämlich der Bund der Steuerzahler hinter Ihnen steht. Kein Mitglied der Staatsregierung, jedenfalls solange es im Finanzministerium saß - ob das nun Herr Meyer, Herr Huber, Herr Faltlhauser oder ob es Ministerpräsident Stoiber war -, war vor der Verleihung des Sparlöwen sicher. Im Jahr 2007 hat die CSU-Staatsregierung auch noch den Zukunftspreis des Verbandes bekommen. Wir haben uns dagegen beschwert und bekamen als Antwort ein Schreiben, aus dem ich zitiere: Dieser Zukunftspreis 2007 sei berechtigt und werde verliehen für eine bundesweit einmalige Leistung, die eine besondere Auswirkung auf kommende Generationen aufweise.

Die treuesten der treuen Ihrer Vasallen haben, wenn auch mit einer gewissen Frist aufgrund von Scham, vielleicht auch von Ungläubigkeit, feststellen müssen, dass Ihr Ge-
rede vom x-ten ausgeglichenen Haushalt in Folge Schmarren ist. Deshalb hat der Bund
der Steuerzahler auch Anklage gegen den Vorstand der Landesbank erhoben. Er will,
dass dieser für seine katastrophalen Fehlentscheidungen in Haftung genommen wird.
Deshalb kritisiert der Bund der Steuerzahler zu Recht die Beißhemmung der Justiz und
fragt, warum das Verfahren so schleppend läuft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU! Der Bund der Steuerzahler hat recht, nur
in einem Punkt springt er zu kurz: Ihre Verantwortlichen, Ihre Steuersparlöwen in den
Verwaltungsräten tragen in gleichem Maße Verantwortung wie der Bankenvorstand für
das Desaster.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Stoibers, Hubers, Faltlhausers, Ihre Vertreter der Eigentümer, der Bürgerinnen und
Bürger Bayerns, haben im Verwaltungsrat alle strategischen Fehlentscheidungen der
Landesbank mitgetragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb müssen Ihre Leute in den Verwaltungsräten genauso für ihre Taten geradeste-
hen wie der Bankenvorstand. Lassen Sie mich kurz zwei oder drei dieser Verantwor-
tungslosigkeiten skizzieren:

Zunächst zur Reaktion auf den Wegfall der Gewährträgerhaftung. Anstatt sich über die
Konzeption der Landesbank und deren Ausrichtung Gedanken zu machen, hat man,
ohne dass man wusste, was man mit dem Geld wollte, einen Freibrief für die Aufnahme
von über 50 Milliarden Euro für Kredite gefordert. Das ist weit mehr als der Umfang des
bayerischen Staatshaushalts. Die Mehrzahl dieser Kreditmöglichkeiten wurde auch aus-
geschöpft. Erst hinterher hat man sich gefragt: Was machen wir eigentlich mit so viel
Geld? Ausgestattet mit diesem Geld und ohne jedes Konzept entdeckten der Vorstand

und der Verwaltungsrat, was in das heutige Desaster geführt hat, nämlich das internationale Kreditersatzgeschäft. Die Folgen sind bekannt. Der massive Einstieg in die ABS-Papiere hat zwei Drittel des Volumens begründet, das wir im Dezember im Nachtragshaushalt verabschieden mussten.

Man war geradezu vernarrt in die Rolle des Global Players. Ich nenne nur den Kauf der Hypo Group Alpe Adria mit den bekannten Unschicklichkeiten der Bank, die Kriegsgewinnlerbank und das Verbot, auf den kanadischen Wertpapiermärkten tätig zu werden, weil illegale Spam-Geschäfte durchgeführt wurden. Außerdem nenne ich die Liechtenstein-Experten und so weiter und so fort. Was die Hypo Group Alpe Adria über dies hinaus auszeichnete, war, dass sie rechtzeitig zum Nachtragshaushalt ebenfalls sehr viel Geld haben wollte und bekam.

Die Mitglieder der Staatsregierung waren nicht nur für diese fatalen Fehler beim Einstieg in ein falsches Geschäftsmodell der Bayern LB verantwortlich, sondern sie waren auch als Fehlentscheider beteiligt, als es darum ging, wie man wieder herauskommt, als sich das Desaster anbahnte. Hier versagten der Verwaltungsrat und der Vorstand gleichermaßen.

Laut der "Süddeutschen Zeitung" wurden die gekauften ABS-Papiere erst zwei Monate später vom Risk-Office bewertet. Das ist eine unverantwortlich lange Zeit. Sie mag aber üblich sein, wenn es sich um Triple-A-Papiere handelt. Nun wurde dieses Verfahren aber auch auf Papiere, die keine Triple-A-Bewertung hatten, ausgedehnt. Das ist ein eindeutiger Verstoß gegen die eigenen Richtlinien und gegen das, was üblicherweise mit solchen Papieren zu geschehen hat. Als Mitte 2007 die Risiko-Abteilung endlich einmal "Njet" sagte, hoben der Vorstand und der Verwaltungsrat unisono die eigenen Sicherungsvorschriften auf, setzten sie außer Kraft und verlängerten die Phase bis zum Verkauf mehrmals. Während andere Banken versuchten, rechtzeitig auszusteigen, haben der Verwaltungsrat und der Landesbankvorstand die Papiere bis zum bitteren Ende gehalten.

Wir können getrost davon ausgehen, dass es beim Island-Geschäft nicht anders lief. Der Verwaltungsrat und die Bankenvorstände fühlten sich berufen, eine kleine süddeutsche Bank zum Global Player zu machen. Als sich die isländischen Ratings langsam der Wetterlage dieses Nordmeerstaates angepasst hatten, wurde dieses Engagement sogar noch verstärkt. Da haben sich die Herren im Vorstand und im Verwaltungsrat gedacht: Wir sind nicht nur Global Player, sondern auch dazu berufen, die internationale Finanzmarktkrise von Island fernzuhalten. Damit haben sie das, was sie als Landesbank leisten können, völlig überzogen eingeschätzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hinter all diesen Bausteinen der Landesbank-Finanzkatastrophe - die größte Katastrophe, an die sich Bayern in finanzieller Hinsicht erinnern kann -, standen bewusste und falsche Entscheidungen einer Handvoll Männer in Vorstand und Verwaltungsrat. Deshalb müssen wir in der Tat dafür sorgen, dass alle Voraussetzungen geschaffen werden, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Diese Verantwortlichen sitzen nicht nur im Bankenvorstand; das sind auch die Vertreterinnen und Vertreter des Sparkassenverbandes und des Freistaates im Verwaltungsrat.

Man sollte sich hüten, die Forderung, über die wir heute diskutieren, als Populismus abzutun. Zum einen geht es um eine noch nie dagewesene Milliardensumme, für die letztendlich die Steuerzahler einstehen müssen. Zum anderen geht es um das Vertrauen der Menschen in die politische Führung in unserem Lande. Deshalb müssen jene, die persönlich Verantwortung übernommen haben, jetzt, wo es schief gelaufen ist, zu dieser Verantwortung stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb muss die Staatsregierung alles Zulässige tun, um das Desaster juristisch aufzuarbeiten. Die GRÜNEN unterstützen daher die Intention des Antrags der Freien Wähler. Allerdings ist für uns der Punkt 2 Ihres Antrags nicht zustimmungsfähig. Nach unserer Auffassung darf nämlich die klare Gewaltenteilung von Exekutive und Judikative

nicht durch eine missverständliche Formulierung - wie bei Ihnen geschehen - in Frage gestellt werden. Wir bedauern, dass Sie auf unseren Vorschlag, diesen Punkt leicht zu ändern, nicht eingegangen sind. Deshalb werden wir uns zu Ihrem Antrag enthalten, es sei denn, Sie lassen die Punkte einzeln abstimmen.

(Tanja Schweiger (FW): Das haben wir schon gemacht!)

Dem Dringlichkeitsantrag der SPD werden wir zustimmen, weil er mit Recht auf die Baustellen und möglichen Versäumnisse bei der juristischen und strafrechtlichen Aufarbeitung hinweist. Zum CSU-Dringlichkeitsantrag werden wir uns der Stimme enthalten, weil wir nicht wissen, was wir zu diesem nichtssagenden Antrag sagen sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt aber nicht nur diesen Vergangenheitsaspekt. Es gibt noch einen weiteren wichtigen Grund, warum die Frage, wer in welchem Umfang persönliche Schuld am Landesbankdesaster trägt, juristisch aufgearbeitet werden muss. Die Diskussion um die Zukunft der Landesbank soll unter ernsthafter Einbeziehung der Landesbank-Kommission geführt werden. Demnächst - Ende März - muss das Konzept für die Zukunft der Landesbank bei der EU vorgelegt werden. Wie dieses Konzept detailliert aussehen könnte, welche Risiken sich daraus ergeben, welche Deckungsbeiträge die einzelnen Geschäftsfelder leisten - darüber haben wir in der Kommission, die schon seit über drei Monaten existiert, bis heute nichts gehört. Es gibt keine einzige Vorlage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, derzeit erleben wir in der Landesbank-Kommission genau dieselbe Verschleierungstaktik durch die Verantwortlichen, wie wir sie aus der Vergangenheit der Landesbank kennen. Die Kommission hat den einstimmigen Auftrag dieses Hohen Hauses, den Umbau der Landesbank ernsthaft zu begleiten. Wenn diese Kommission für dumm gehalten wird, indem ihr Informationen nicht gegeben werden, wird sie zur Farce. Die Verantwortlichen für diese Farce sind erneut im Bankenvorstand und im Verwaltungsrat, bei den Mitgliedern der Staatsregierung im Verwaltungsrat, zu suchen. Deshalb ist es unsere Aufgabe als Parlamentarier, gegenüber der Bank und den

Bürgerinnen und Bürgern Bayerns festzustellen: Wir als Parlamentarier dürfen und werden das Vertuschen begangener Fehlleistungen in der Bank ebensowenig akzeptieren wie das Vertuschen von fehlenden Zukunftskonzepten für die Bank. Deshalb verlangen wir umfassende Aufklärung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Es liegt mir noch eine weitere Wortmeldung von Herrn Kollegen Pohl vor.

Bernhard Pohl (FW): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Staatsministerin, Sie haben ausgeführt, Sie würden selbstverständlich die personelle Besetzung der Staatsanwaltschaft zur Aufklärung strafrechtlicher Verantwortung bei der Landesbank vergrößern, wenn Bedarf sei. Meine Damen und Herren, wann, wenn nicht jetzt, besteht Bedarf? Hier geht es möglicherweise um das größte Vermögens-Strafverfahren, das der Freistaat Bayern je gesehen hat! Hier geht es um 14 oder 15 Milliarden Euro! Der Geschädigte ist der Freistaat Bayern. Deswegen müssen wir dafür Sorge tragen, dass diese Ermittlungen nicht unter Zeitdruck und auch nicht unter personellem Druck geführt werden. Diese Ermittlungen müssen absoluten Vorrang in der bayerischen Strafverfolgung genießen. Bei einem derartigen Schadensfall müssen wir alles tun, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Dabei kann es nicht maßgeblich sein, dass kiloweise Akten oder zig Ordner durchzuarbeiten sind. Das kann ein Staatsanwalt mit seiner bekanntermaßen großen Überlastung nun einmal nicht leisten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Frau Staatsministerin, deshalb kann es nicht heißen "wenn Bedarf ist". Es besteht Bedarf! Am vergangenen Dienstag haben Justizkreise öffentlich geäußert, sie kämen mit der strafrechtlichen Aufarbeitung der Bankenkrise nicht zurande. Diesen Hilfeschrei müssen wir ernst nehmen. Das war übrigens eine Reaktion auf den Ministerpräsidenten Wulff aus Niedersachsen, der die Justiz aufgefordert hat, endlich einmal tätig zu werden und die Anstrengungen zu intensivieren.

Ich wiederhole, was Herr Wulff gesagt hat. Das gilt auch für die Bayerische Landesbank. Wir müssen diesen Hilfeschrei ernst nehmen. Deshalb noch einmal die Aufforderung: Frau Staatsministerin, hier müssen Sie handeln und die zuständige Abteilung personell so besetzen, dass eine optimale Aufklärung gewährleistet ist!

(Beifall bei den Freien Wählern)

Nun zur Frage nach der Chefsache: Dieser Begriff ist weder dem Strafgesetzbuch noch der Strafprozessordnung entnommen. Herr Kollege Hallitzky, Sie liegen allerdings falsch, wenn Sie sagen, das sei wegen der Gewaltenteilung nicht möglich. Selbstverständlich ist die Staatsanwaltschaft dem Ministerium unterstellt, und selbstverständlich ist die Frau Staatsministerin die Chefin der Staatsanwaltschaft. Das heißt natürlich nicht, dass Frau Merk - sicherlich wäre sie dazu fachlich in der Lage - selber eine Anklage schreiben muss. Chefsache heißt aber, dass die Angelegenheit höchste Priorität genießt und dass sich die Ministerin auch organisatorisch einschalten und sagen kann: Hier benötigen wir zusätzliches Personal. Ich verlange von Ihnen, dass das Verfahren mit dem Nachdruck betrieben wird, den es verdient. Sie sind sozusagen der Anwalt des Bürgers und des Steuerzahlers. Sie stehen mit in der Verantwortung dafür, dass alles, aber auch wirklich alles, unternommen wird, um verlorenes Geld zurückzubekommen und um die Verantwortlichen auch strafrechtlich zu verfolgen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, entschuldigen Sie bitte die Unterbrechung. Ist es Ihnen recht, wenn eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Arnold gestellt wird? - Bitte.

Horst Arnold (SPD): Herr Kollege Pohl, gehe ich recht in der Annahme, dass Ihre großen und ausführlichen Darstellungen von der Angst getragen sind, dass Beweismittel bei der Landesbank und sonstigen Personen oder Institutionen verloren gehen könnten, je länger man zuwartet?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bernhard Pohl (FW): Das möchte ich nicht ausschließen. Ich führe die Ermittlungen aber nicht. Herr Kollege Arnold, Sie als erfahrener Strafrichter wissen natürlich auch, was es bedeutet, wenn man zu lange zuwartet. Ich möchte hier nicht den Teufel an die Wand malen. Wenn man aber sehr lange zuwartet, lässt das geltende Strafrecht sogar Strafmilderungen wegen überlanger Verfahrensdauer zu. Es wird aber hoffentlich nicht dazu kommen, dass sich die Ermittlungen über Jahre hinziehen.

Meine Damen und Herren, es ist ein außergewöhnliches Verfahren, und in diesem außergewöhnlichen Verfahren müssen Sie, Frau Staatsministerin, den Mut haben, dieses Verfahren zur Chefsache zu erklären und es in Ihrem Hause auch so zu behandeln. Dass der Herr Finanzminister mit der Landesbank andere Aufgaben hat, ist überhaupt keine Frage. Dass unsere Kommission andere Aufgaben hat, ist ebenfalls keine Frage. Deshalb hat die Intention der SPD, im Rechts- und Verfassungsausschuss etwas über dieses Verfahren zu erfahren, durchaus etwas für sich.

Wir, die Freien Wähler, haben klar und deutlich gesagt, dass wir auch im Plenum einen Bericht haben wollen. Kollegin Pauli hat es schon gesagt, wir wollen natürlich keinen Bericht über eine bevorstehende Hausdurchsuchung. Wir wollen auch keinen Bericht über Umstände, die aus ermittlungstaktischen Gründen nicht öffentlich gemacht werden sollen. Wenn Sie aber sagen, dass grundsätzlich nichts berichtet wird, frage ich Sie, wie in vielen Verfahren - zuletzt in Sachen Mannichl - ständig Wasserstandsmeldungen an die Presse und an die Öffentlichkeit gelangen. Auch dieser Fall hätte es verdient, dass die Öffentlichkeit über den Fortgang der Ermittlungen informiert wird.

Ein letzter Punkt. Frau Kollegin Aures, wir wollen natürlich auch die zivilrechtliche Aufarbeitung der Angelegenheit vorantreiben. Deshalb haben wir im zuständigen Ausschuss den Antrag gestellt, dass ein weiteres Gutachten erstellt wird, welches wir, der Freistaat, in Auftrag geben. Darauf habe ich in meinem Antrag besonderen Wert gelegt. Bislang liegen nur Gutachten vor, deren Auftraggeber die Bayerische Landesbank ist. Ich möchte nicht unken. Normalerweise weiß man aber doch, was herauskommt, wenn

man ein Gutachten in Auftrag gibt. Deswegen brauchen wir ein unabhängiges Gutachten, damit wir in der Aufarbeitung dieses Desasters etwas vorankommen.

Abschließend kann ich nur sagen, dass dieser Tagesordnungspunkt kein Punkt wie jeder andere ist. Es ist eine zentrale Aufgabe, der wir uns zu stellen haben. Hier geht es um zehn Milliarden Euro Steuergelder, und deswegen haben wir diesen vielleicht ungewöhnlichen Antrag gestellt. Ich hoffe, dass Sie diesem Antrag auch beipflichten. Dieser Antrag ist zustimmungsfähig. Sie sollten ihm auch zustimmen. Damit Sie die Möglichkeit haben, unserem Antrag zumindest in Teilen zuzustimmen, beantrage ich, über die vier Punkte dieses Antrags getrennt abzustimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Nochmals ums Wort gebeten hat Frau Staatsministerin Dr. Merk.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Herr Pohl, das, was Sie verlangen, geschieht längst. Insofern darf ich den Kollegen Weidenbusch wiederholen. Er hat gesagt, wir haben dieselben Intentionen. Ich bin in ständigem Kontakt mit dem Generalstaatsanwalt. Die Staatsanwaltschaft weiß am besten, wann sie mehr Personal braucht und wann sie nicht mehr Personal braucht. Darüber zu entscheiden, ist nicht unsere Aufgabe. Mit Vermutungen helfen wir überhaupt nicht. Wir helfen nur damit, dass wir konkret nachfragen und konkret im Dialog bleiben. Wenn es sein muss, müssen wir auch schnell handeln. Momentan braucht die Staatsanwaltschaft in diesem Fall keine weitere personelle Unterstützung. Wenn Herr Wulf in anderen Fällen auf Schwierigkeiten oder Missstände hinweist, hat es nichts mit unserem Fall zu tun. Auch das Jammern, das anderswo im Zusammenhang mit der Aufklärung von Vorgängen in Banken zu hören ist, hat nichts mit diesem Fall zu tun. Das muss ich noch einmal ganz klar sagen.

Ich möchte auch noch ganz kurz auf den Staatsanwalt Reich zu sprechen kommen, der vorher auch schon von Frau Kollegin Pauli erwähnt worden ist. Er wird nicht versetzt,

sondern er hat sich auf eine andere Stelle beworben. Er ist auch noch einmal gefragt worden, ob er an seiner Bewerbung festhalten möchte. Wenn er sich bewirbt, hat er natürlich auch das Recht, dass man ihn bei der Stellenbesetzung berücksichtigt. Natürlich wird bei der Staatsanwaltschaft darauf geachtet, dass es keine Unterbrechungen gibt, die in irgendeiner Weise zu Verzögerungen führen würden.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, weshalb ich in die Abstimmung eintreten möchte. Die Abstimmung wird jetzt etwas kompliziert, deswegen bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit.

Für den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 16/781 und den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/782 wurde namentliche Abstimmung beantragt. Für den Antrag auf der Drucksache 16/746 der Freien Wähler ist keine namentliche, aber eine getrennte Abstimmung beantragt worden. Diese möchte ich gerne vorziehen, um dann in die namentliche Abstimmung über die beiden anderen Anträge einzutreten.

Ich gliedere diese Abstimmung folgendermaßen:

Der Antrag lautet: "Der Landtag wolle beschließen:" Dann folgt Absatz 1 mit dem Wortlaut "Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass ...", und dann kommen die Nummern eins, zwei und drei. Anschließend wird noch über Absatz 2 mit dem Wortlaut "Die Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, den Fraktionen ..." abgestimmt. Wer Absatz 1 Nummer 1 des Dringlichkeitsantrags auf Drucksache 16/746 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Freien Wähler, die SPD und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das ist die CSU und die FDP.

(Hubert Aiwanger (FW): Ihr seid dagegen, dass die Staatsanwaltschaft ausreichend mit Personal besetzt ist?)

Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Zu Absatz 1 Nummer 2: Wer dieser Nummer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Freien Wähler und die SPD. Wer ist dagegen? - Das sind die CSU, die FDP und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? - Niemand. Gut, dann ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Absatz 1 Nummer 3: Wer dieser Nummer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Freien Wähler, die SPD und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CSU und die FDP. Enthaltungen? - Sehe ich keine. Damit ist auch diese Nummer abgelehnt.

Absatz 2: Wer dem Absatz 2 des Dringlichkeitsantrages zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Allgemeine Unruhe)

Jetzt muss ich korrekt vorgehen. Antragsteller waren die Freien Wähler. Es stimmen zu: die Freien Wähler, die SPD und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; zugestimmt haben auch CSU und FDP. - Welche Sternstunde. Damit ist dieser Absatz angenommen.

(Allgemeine Unruhe)

Ich danke Ihnen. Dann können wir zur namentlichen Abstimmung über den SPD-Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/781 kommen. Ich bitte Sie, Ihre Karten zu den Urnen zu bringen. Für die Abstimmung stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 14.52 bis 14.57 Uhr)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Zeit ist in drei Sekunden um. Fünf Minuten sind um. Ich bitte Sie, kurzfristig zur Ruhe zu kommen.

(Allgemeine Unruhe)

Hallo, darf ich bitte zur nächsten Abstimmung kommen? Es geht immerhin um den Antrag von CSU und FDP. Sie möchten doch sicher, dass wir auch zu diesem Antrag einen Beschluss fassen. Wer dem interfraktionellen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/782 in namentlicher Abstimmung zustimmen will, wer ihn ablehnen oder sich der Stimme enthalten will, der möge bitte die Urnen benützen. Ich verkürze die Abstimmungszeit auf drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 14.57 bis 15.00 Uhr)

So, meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie alle haben Ihre Kärtchen abgegeben. In sieben Sekunden müssen Sie leider auch die interfraktionellen Gespräche einstellen. - Drei Minuten sind um. Ich würde gerne zur Tagesordnung zurückkehren.

Bevor wir aber zu Tagesordnungspunkt 3 Nummer 4 kommen, möchte ich Ihnen die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt geben. Das ist einmal zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Franz Schindler, Horst Arnold und andere und Fraktion, Bayerisches Versammlungsgesetz, Drucksache 16/745. Mit Ja haben gestimmt 71 Abgeordnete, mit Nein haben 90 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen hat es keine gegeben. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger und andere und Fraktion, Bayerisches Versammlungsgesetz aufheben, Drucksache 16/747, haben mit Ja gestimmt 69 Abgeordnete, mit Nein 92. Es gab drei Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmidt, Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger und Fraktion sowie Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Andreas Fischer und Fraktion, Bayerisches Versammlungsgesetz bürgerfreundlicher gestalten - Versammlungsfreiheit schützen, Drucksache 16/780, hat 90 Ja-Stimmen er-

halten, 59 Nein-Stimmen und 12 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

(...)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU und der FDP auf Drucksache 16/782, Zeitnahe Unterrichtung der LBKomm über den Fortgang der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in Sachen BayernLB, bekannt. Mit Ja haben 95 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 42; es gab 19 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.03.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Franz Schindler, Inge Aures u. a. und Fraktion SPD; Strafrechtliche Ermittlungen in Sachen Bayerische Landesbank (Drucksache 16/781)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Daxenberger Sepp	X		
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Naaß Christa			
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard			
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa	X		
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	67	93	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.03.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Ernst Weidenbusch, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Thomas Hacker, Dr. Franz Xaver Kirschner, Karsten Klein u. a. und Fraktion FDP; Zeitnahe Unterrichtung der LBKomm über den Fortgang der staatsanwaltlichen Ermittlungen in Sachen BayernLB (Drucksache 16/782)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete			X
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp			X
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas			X
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike			X
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			X
Kamm Christine			X
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian			X
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter			X
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander			
Naaß Christa			
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard			
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin			X
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria			X
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa			X
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi			X
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine			X
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone			X
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	95	42	19